

Satzung des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) im DBB – Beamtenbund und Tarifunion in der Fassung vom 31. Oktober 2001

§ 1

Name, Sitz und Geschäftsjahr

(1) Der Verband führt den Namen „Verband der Beamten der Bundeswehr e. V. (VBB)“. Werden in der Satzung sprachlich vereinfachte Bezeichnungen wie Vorsitzender, Beisitzer usw. verwendet, beziehen sich diese auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Der Verband hat seinen Sitz in Bonn.

(2) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck

(1) Der Zweck des VBB ist die berufsständische Vertretung und Förderung der berufspolitischen, rechtlichen und sozialen Belange seiner Mitglieder.

(2) Der Verband hat insbesondere die Aufgaben:

- sich für einen unabhängigen und fortschrittlichen Dienst am Staat einzusetzen und an der Sicherung und dem Ausbau der sittlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Berufsbeamtentums mitzuarbeiten,
- im Rahmen der Gesetze die beamtenrechtlichen, fachlichen und sozialen Belange der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr – auch nach Eintritt in den Ruhestand – zu vertreten und zu fördern,
- das Zusammengehörigkeitsbewusstsein in der Beamtenschaft und die Kameradschaft unter den Beamten der Bundeswehr zu fördern,
- mitzuwirken an einem Berufsbild des Beamten, das unter anderem nach dem Leistungsgedanken und nach demokratischen Vorstellungen unserer Gesellschaft ausgerichtet ist.

(3) Der Verband bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Er ist parteipolitisch, rassistisch und konfessionell neutral. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen Maßnahmen des Verbandes gefördert werden (Gender Mainstreaming).

§ 3

Gliederung

(1) Der Verband gliedert sich in Bereiche.

Diese sind:

- a) die Wehrbereiche,
- b) das Bundesministerium der Verteidigung einschließlich des Bundesamtes für Wehrverwaltung und der Dienststellen im Bereich der Standortverwaltung Bonn sowie die Auslandsdienststellen,
- c) das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung einschließlich der Ämter und Dienststellen des Rüstungsbereichs im Raum Koblenz.

Der Bundesvorstand kann die Errichtung anderer Bereiche beschließen, wenn dies aus organisatorischen Gründen und nach der Zahl der Mitglieder erforderlich wird.

Die Bereiche führen folgende Bezeichnung:
Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB)

Bereich

(Name des Landes – der Länder – des BMVg – der Oberbehörde). Es ist den Bereichen freigestellt, sich als „Landesverband“ zu bezeichnen.

(2) Die Bereichsvorstände errichten nach Bedarf und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten Standortgruppen.

Sie führen die Bezeichnung:

„Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB)

Standortgruppe

(Name des Standortes)“.

(3) Die Bereichsvorstände können Standortgruppen auflösen, wenn

- a) die Zahl der Mitglieder unter zehn sinkt,
- b) die Beibehaltung der Standortgruppe aus organisatorischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht zweckmäßig erscheint.

§ 4

Begründung der Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Verbandes können alle Beamten und Ruhestandsbeamten und Arbeitnehmer, soweit sie Beamte werden wollen, sowie deren Hinterbliebene werden.

(2) Die Anmeldung als Mitglied bedarf der Schriftform. Über die Aufnahme als Mitglied entscheiden:

- a) in den Bereichen nach § 3 (1) b) und c) die Bereichsvorstände,
- b) in den anderen Bereichen die Vorstände der Standortgruppen.

Gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrages kann der Bewerber Einspruch erheben, und zwar im Falle a) beim Bundesvorstand, im Falle b) beim Bereichsvorstand, gegen dessen Bescheid die Anrufung des Bundesvorstandes zulässig ist. Die Entscheidung des Bundesvorstandes ist endgültig. Bei Ablehnung bedarf es keiner Mitteilung der Gründe.

§ 5

Beendigung einer Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft wird beendet durch:

1. Tod.
2. Austritt. Dieser kann nur schriftlich gegenüber der nach § 4 Abs. 2 Buchstaben a) und b) zuständigen Stelle unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist zum Schluss des Quartals erklärt werden. Erfolgt der Austritt im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis wegen Entlassung oder Verlusts der Beamtenrechte oder mit dem Übertritt in eine andere Verwaltung, so entfällt die Einhaltung der Kündigungsfrist. Die übrigen beteiligten Stellen sind unverzüglich zu unterrichten.
3. Ausschluss beim Vorliegen eines wichtigen Grundes. Der Ausschluss erfolgt durch die Bundesleitung, die ihn dem ausgeschlossenen Mitglied durch eingeschriebenen Brief mitteilt. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied mit angemessener Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Gegen den Ausschluss kann innerhalb eines Monats die Entscheidung des Bundesvorstandes beantragt werden; dessen Entscheidung ist endgültig.
4. Verletzung der Beitragspflicht. Bleibt ein Mitglied mit der Beitragszahlung länger als drei Monate im Rückstand, so ruhen seine Rechte. Mitglieder, die trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Hinweis auf die Folgen länger als sechs Monate mit der Zahlung des Beitrages im Rückstand sind, können durch den Bereichsvorstand ausgeschlossen werden.

(2) Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlischt jeder Rechtsanspruch an den Verband; ein Anspruch auf Herausgabe eines Anteils an dem Vermögen des Verbandes besteht nicht. Die Anwendung der §§ 738–740 BGB ist ausgeschlossen.

§ 6

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Alle Mitglieder sind gleichberechtigt.
- (2) Alle Mitglieder sind berechtigt, an den Bundesvorstand über die Standortgruppe und den Bereich Anträge zu stellen oder Vorschläge einzureichen.
- (3) Alle Mitglieder sind verpflichtet, den Verband bei der Erreichung seiner Ziele zu unterstützen, den vom Bundesvertretertag festgesetzten Beitrag zu entrichten und die Satzung sowie die Beschlüsse und Richtlinien aller Organe zu beachten.

(4) Der Verband gewährt seinen Mitgliedern Rechtsschutz in Berufsfragen nach Maßgabe der durch den Bundesvertretertag erlassenen Rechtsschutzordnung.

(5) Für alle satzungs- und vermögensrechtlichen Streitigkeiten von Mitgliedern untereinander gilt die durch den Bundesvertretertag erlassene Schiedsordnung.

§ 7

Ehrenmitgliedschaft und Ehrenvorsitz

(1) Bundesvorsitzende, die sich um den Verband besonders verdient gemacht haben, können nach Ablauf ihrer Amtszeit zu Ehrenvorsitzenden des Verbandes der Beamten der Bundeswehr ernannt werden.

(2) Der Ehrenvorsitzende und die Ehrenmitglieder des Verbandes der Beamten der Bundeswehr sind Mitglieder auf Lebenszeit ohne Beitragspflicht.

(3) Vorsitzende eines Bereiches oder einer Standortgruppe, die sich um den Verband besonders verdient gemacht haben, können nach Beendigung ihrer Tätigkeit zum Ehrenvorsitzenden ernannt werden.

§ 8

Organe des Verbandes

Die Organe des Verbandes sind:

1. der Bundesvertretertag,
2. der Bundesvorstand,
3. die Bundesleitung.

§ 9

Bundesvertretertag

(1) Der Bundesvertretertag ist das oberste Organ des VBB. Er besteht aus den gewählten Vertretern der Bereiche (§ 3 [1]) und den Mitgliedern des Bundesvorstandes.

(2) Auf je angefangene 100 Mitglieder in den einzelnen Bereichen entfällt ein Vertreter. Darüber hinaus können weitere gewählte Vertreter als nichtstimmberechtigte Delegierte teilnehmen.

(3) Der Bundesvertretertag ist alle vier Jahre von der Bundesleitung mit einer Frist von mindestens vier Monaten unter Angabe von Zeit und Ort der Tagung einzuberufen.

Anträge an den Bundesvertretertag sind drei Monate vor dem Bundesvertretertag der Bundesleitung über den Bereichsvorstand vorzulegen. Sie werden mit der Tagesordnung den gewählten Vertretern zugeleitet.

Dringlichkeitsanträge während des Bundesvertretertages müssen schriftlich eingereicht werden und von mindestens einem Viertel aller stimmberechtigten Vertreter unterschrieben sein. Über die Zulassung entscheidet der Bundesvertretertag.

Der Bundesvorstand kann eine aus vier Mitgliedern bestehende Antragskommission berufen.

(4) Ein außerordentlicher Bundesvertretertag findet statt, wenn

- a) der Bundesvorstand es beschließt,
- b) ein Drittel der Mitglieder des Verbandes es schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt.

§ 10

Zuständigkeit des Bundesvertretertages

Der Bundesvertretertag ist insbesondere zuständig für:

- a) Erteilung von richtungsgebenden Weisungen an den Bundesvorstand;
- b) Entgegennahme des Geschäftsberichtes, des Kassenberichtes und des Kassenprüfungsberichtes;
- c) Entlastung des Bundesvorstandes, Wahl der Bundesleitung und der Beisitzer;
- d) Wahl von zwei Kassenprüfern und zwei Ersatzprüfern;
- e) Änderung der Satzung; diese bedarf einer Mehrheit von Dreiviertel der abgegebenen Stimmen;
- f) Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge und deren Verteilung;

g) Auflösung des Verbandes und Beschlussfassung über die Verwendung des Vermögens (§ 30). Dieser Beschluss bedarf einer Dreiviertelmehrheit.

h) Ernennung zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes.

§ 11

Kassenprüfer

(1) Die Kassenprüfer dürfen nicht Mitglied der Organe sein (§ 8 Nr. 2 und 3). Sie sind nur dem Bundesvertretertag verantwortlich.

Während ihrer Wahlzeit überprüfen sie mindestens einmal jährlich die Kassenführung auf ihre Richtigkeit und die Beachtung der Haushaltsansätze. Die Kassenprüfer werden gemeinsam tätig.

(2) Die Kassenprüfer prüfen den Kassenbericht der Bundesleitung und berichten über das Ergebnis auf dem Bundesvertretertag.

§ 12

Bundesvorstand

(1) Der Bundesvorstand besteht aus der Bundesleitung, den Vorsitzenden der Bereiche (§ 3 Abs. 1), neun Beisitzern, der Frauenvertreterin, dem Vertreter der Jugend- und Anwärtervertretung und dem Vertreter der Ruhestandsbeamten als weitere Beisitzer.

An der Teilnahme verhinderte Vorsitzende der Bereiche können sich vertreten lassen.

(2) Den Vorsitz im Bundesvorstand führt der Bundesvorsitzende, bei dessen Verhinderung einer der drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

(3) Der Bundesvorstand wird durch den Bundesvorsitzenden einberufen. Auf Verlangen von mindestens einem Drittel seiner Mitglieder oder einem Zehntel der Verbandsmitglieder ist er durch den Bundesvorsitzenden zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

(4) Die Bundesleitung und die Beisitzer werden vom Bundesvertretertag für die Dauer von vier Jahren gewählt (§ 10 c). Wiederwahl ist zulässig. Scheiden einzelne Mitglieder während der Wahlperiode aus, kann sich der Bundesvorstand selbst ergänzen. Er bleibt im Amt, bis sich ein neuer Bundesvorstand konstituiert hat.

§ 13

Zuständigkeit des Bundesvorstandes

Der Bundesvorstand gibt die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit der Bundesleitung und ordnet alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit sie nicht dem Bundesvertretertag vorbehalten sind.

Er beschließt insbesondere über:

- a) Erteilung von richtungsgebenden Weisungen,
- b) Änderungen der Höhe der Mitgliedsbeiträge aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen; der Beschluss bedarf der Genehmigung durch den Bundesvertretertag,
- c) Entgegennahme des jährlichen Kassenberichts der Bundesleitung und Genehmigung des Haushaltsvoranschlages,
- d) Richtlinien für die Erstattung von Reisekosten und sonstigen Ausgaben,
- e) Richtlinien für das Kassenwesen,
- f) Beschwerden gegen Ausschluss aus dem Verband,
- g) Beschwerden gegen die Ablehnung eines Antrages über die Gewährung von Rechtsschutz,
- h) Richtlinien für Ehrungen,
- i) Verleihung der Ehrenmitgliedschaft,
- k) Verleihung des Ehrenzeichens und der Ehrenmedaille,
- l) Aufstellung der Kandidatenlisten für den Hauptpersonalrat beim Bundesminister der Verteidigung,
- m) Zustimmung zu den Listen für die Wahl der überregionalen Bezirkspersonalräte,
- n) Einberufung von außerordentlichen Bereichs- und Mitgliederversammlungen (Ausnahme zu § 17 Abs. 3),
- o) Suspendierung von Amtsträgern bis zur Abberufung durch die jeweils zuständige Versammlung,

- p) Bildung von Kommissionen und Fachbeiräten für einen begrenzten Zeitraum (§ 27),
- r) Verwaltung und Verwendung des Verbandsvermögens, mit Ausnahme der Verwendung im Falle einer Auflösung des VBB (§ 29),
- s) Bestellung des Bundesgeschäftsführers.

§ 14

Bundesleitung

(1) Die Bundesleitung besteht aus dem Bundesvorsitzenden, drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und dem Bundesschriftführer.

Sie kann bei Bedarf um bis zu zwei weitere nicht stimmberechtigte Mitglieder erweitert werden. Sie werden vom Bundesvorstand gewählt.

Das Verbandsmitglied, das als Spitzenkandidat der Liste des VBB in den HPR beim BMVg gewählt wird, ist Mitglied der Bundesleitung ohne Stimmrecht.

(2) Der Bundesvorsitzende und die drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden bilden den Vorstand im Sinne des BGB. Sie sind berechtigt, einzeln oder gemeinsam den Verband gerichtlich oder außergerichtlich zu vertreten und rechtsgeschäftliche Erklärungen abzugeben.

(3) Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes der Bundesleitung wählt der Bundesvorstand einen Nachfolger, der bis zur Neuwahl der Bundesleitung durch den Bundesvertretertag im Amt bleibt.

(4) Die Bundesleitung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(5) Die Bundesleitung gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung durch den Bundesvorstand bedarf.

§ 15

Zuständigkeit der Bundesleitung

(1) Die Bundesleitung führt im Rahmen der vom Bundesvertretertag und dem Bundesvorstand gegebenen Richtlinien und gefassten Beschlüsse die Geschäfte des Verbandes.

(2) Zur Erörterung von Fragen, die die besonderen Interessen einer bestimmten Laufbahn betreffen, sind zur Bundesleitung die jeweiligen Beisitzer des Bundesvorstandes hinzuzuziehen, soweit diese Laufbahn nicht schon in der Bundesleitung vertreten ist.

(3) Zur Erledigung ihrer Aufgaben bedient sie sich der Bundesgeschäftsstelle, deren Tätigkeit sie überwacht.

§ 16

Organe der Bereiche

Die Organe der Bereiche sind:

- a) die Bereichsversammlung gem. § 3 (1) a) oder die Bereichsmittgliederversammlung in Bereichen gem. § 3 (1) b) und c),
- b) der Bereichsvorstand.

§ 17

Bereichsversammlung/Bereichsmittgliederversammlung

(1) Die Bereichsversammlung besteht aus dem Bereichsvorstand und den gewählten Beauftragten der Standortgruppen. Auf je angefangene 40 Mitglieder in den einzelnen Standortgruppen entfällt ein Beauftragter.

(2) Anstelle der Bereichsversammlung tritt bei den Bereichen gem. § 3 (1) b) und c) die Bereichsmittgliederversammlung. Sie besteht aus den Mitgliedern dieser Bereiche. Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Bereichsversammlungen entsprechend.

(3) Die Bereichsversammlung/Bereichsmittgliederversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Bereiches es schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.

(4) Die Bereichsversammlung/Bereichsmittgliederversammlung ist spätestens vier Monate vor dem Bundesvertretertag vom Bereichsvorsitzenden mit einer Frist von mindestens einem Monat unter Angabe von Zeit und Ort schriftlich einzuberufen. Dem Schreiben ist die Tagesordnung beizufügen.

Anträge zur Tagesordnung müssen dem Bereichsvorstand mindestens vier Wochen vor der Bereichsversammlung/Bereichsmittgliederversammlung vorliegen.

Während der Bereichsversammlung/Bereichsmittgliederversammlung können Dringlichkeitsanträge schriftlich eingereicht oder mündlich gestellt werden. Über die Zulassung entscheidet die Bereichsversammlung.

§ 18

Zuständigkeit der Bereichsversammlung

Die Bereichsversammlung ist zuständig für:

- a) Erteilung von richtunggebenden Weisungen an den Bereichsvorstand,
- b) Entgegennahme des Geschäftsberichtes, des Berichtes des Schatzmeisters über den Stand der Beitragszahlung sowie der Abrechnung und des Kassenprüfungsberichtes,
- c) Entlastung und Wahl des Bereichsvorstandes für die Dauer von vier Jahren,
- d) Wahl von zwei Kassenprüfern und zwei Ersatzprüfern (§ 11 gilt entsprechend),
- e) Wahl der Vertreter des Bereichs für den Bundesvertretertag,
- f) Abfassung von Entschlüssen und Anträgen,
- g) Einberufung von außerordentlichen Mitgliederhauptversammlungen.

§ 19

Bereichsvorstand

Der Bereichsvorstand besteht aus dem Bereichsvorsitzenden, dem oder den stellvertretenden Bereichsvorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister.

Der Bereichsvorstand kann erweitert werden. Er wird von der Bereichsversammlung oder der Bereichsmittgliederversammlung für vier Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Im Übrigen gilt § 12 (4) entsprechend.

§ 20

Organe der Standortgruppe

Die Organe der Standortgruppe sind:

- a) die Mitgliederhauptversammlung,
- b) der Standortgruppenvorstand.

§ 21

Mitgliederhauptversammlung

(1) Die Mitgliederhauptversammlung besteht aus den Mitgliedern der Standortgruppe. Sie ist mindestens zwei Monate vor der Bereichsversammlung vom Standortgruppenvorstand mit einer Frist von drei Wochen unter Angabe von Zeit und Ort sowie der Tagesordnung schriftlich einzuberufen. Anträge sind dem Standortgruppenvorstand mindestens acht Tage vor der Versammlung schriftlich vorzulegen.

(2) Eine außerordentliche Mitgliederhauptversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Standortgruppe dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.

Auf Beschluss des Bereichsvorstandes kann der Vorsitzende eines Bereiches eine außerordentliche Mitgliederhauptversammlung einberufen.

(3) Neben der Mitgliederhauptversammlung und ggf. außerordentlichen Mitgliederhauptversammlung werden nach Bedarf, mindestens aber einmal jährlich, Mitgliederversammlungen durchgeführt.

§ 22

Zuständigkeit der Mitgliederhauptversammlung

Die Mitgliederhauptversammlung hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) Erteilung von richtunggebenden Weisungen,
- b) Entgegennahme des Geschäftsberichtes, des Berichtes des Kassenwarts über den Stand der Beitragszahlung sowie der Abrechnung und des Kassenprüfungsberichtes,
- c) Entlastung und Wahl des Standortgruppenvorstandes für die Dauer von vier Jahren,

- d) Wahl von zwei Kassenprüfern und zwei Ersatzprüfern (§ 11 gilt entsprechend),
- e) in der zuletzt vor einer Bereichsversammlung stattfindenden ordentlichen Mitgliederhauptversammlung Wahl der Beauftragten für die Bereichsversammlung.

§ 23

Standortgruppenvorstand

- (1) Der Standortgruppenvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Kassenwart. Bei Bedarf können weitere Mitglieder gewählt werden.
- (2) Die Amtsdauer des Standortgruppenvorstandes beträgt vier Jahre. Im Übrigen gilt § 12 (4) entsprechend.

§ 24

Beschlussfähigkeit

- (1) Die Vorstände (§§ 12, 19 und 23) sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend sind.
- (2) Der Bundesvertretertag und die Bereichsversammlungen sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte aller Vertreter anwesend sind. Die Vertretung durch schriftliche Vollmacht ist zulässig.
- (3) Die Mitgliederhauptversammlung (§ 21 [1]) ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Fünftel aller Mitglieder anwesend sind.
- (4) Sind die nach Absatz (1) bis (3) erforderlichen Zahlen nicht erreicht, so ist die Sitzung bzw. Versammlung aufzulösen und ohne Form-erfordernisse neu einzuberufen. Die Bereichsversammlung sowie die Mitgliederhauptversammlung sind dann ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten beschlussfähig.
- (5) Die Bereichsmitgliederversammlung (§ 17 [2]) ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten beschlussfähig.

§ 25

Stimmberechtigung

- (1) Auf dem Bundesvertretertag sind die satzungsgemäß gewählten Vertreter oder ihre mit schriftlicher Vollmacht erschienenen Stellvertreter sowie die Mitglieder des Bundesvorstandes (§ 12 [1]) stimmberechtigt. Das Stimmrecht kann mit schriftlicher Vollmacht auf einen anderen Delegierten übertragen werden.
- (2) Auf der Bereichsversammlung sind die Beauftragten der Standortgruppen oder ihre mit schriftlicher Vollmacht erschienenen Stellvertreter sowie die Mitglieder des Bereichsvorstandes stimmberechtigt. Absatz (1) Satz 2 gilt entsprechend.
- (3) Auf dem Bundesvertretertag, den Bereichsversammlungen, Bereichsmitgliederversammlungen und den Mitgliederhauptversammlungen ist die Zahl der Stimmberechtigten zu Beginn durch den Tagungsleiter festzustellen.

§ 26

Abstimmungen

- (1) Bei Abstimmungen gilt einfache Mehrheit, es sei denn, dass die Satzung etwas anderes bestimmt. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
- (2) Die Vorstände können schriftlich abstimmen, wenn die Einberufung einer Sitzung nicht erforderlich erscheint und kein Vorstandsmitglied widerspricht.

§ 27

Fachbeiräte

Kommissionen und Fachbeiräte für besondere Angelegenheiten können durch den Bundesvorstand berufen werden (§ 13 p).

§ 28

Jugend- und Anwärtervertretung

- (1) Zur Förderung der Jugend- und Anwärterarbeit sind auf der Grundlage der Satzung der DBB-Jugend die jungen Beamten und die Beamten im Vorbereitungsdienst zur VBB-Jugend- und Anwärtervertretung zusammengefasst.
- (2) Die Vertretung wird durch den Vertreter der Jugend- und Anwärtervertretung im Bundesvorstand geleitet. Für die Organisation und Durchführung ihrer Arbeit gibt sich die Vertretung Richtlinien, die der Zustimmung durch den Bundesvorstand bedürfen.

§ 28 a

Frauenvertretung

- (1) Zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie entsprechend den gesetzlichen Grundlagen sind Beamtinnen in der VBB-Frauenvertretung zusammengefasst.
- (2) Die Vertretung wird durch die Frauenvertreterin im Bundesvorstand geleitet. Für die Organisation und Durchführung ihrer Arbeit gibt sich die Vertretung Richtlinien, die der Zustimmung durch den Bundesvorstand bedürfen.

§ 28 b

Ruhestandsvertretung

- (1) Zur Wahrnehmung der Interessen der Ruhestandsbeamten sind diese in der VBB-Ruhestandsvertretung zusammengefasst.
- (2) Die Vertretung wird durch den Vertreter der Ruhestandsbeamten im Bundesvorstand geleitet. Für die Organisation und Durchführung ihrer Arbeit gibt sich die Vertretung Richtlinien, die der Zustimmung durch den Bundesvorstand bedürfen.

§ 29

Finanz- und Kassenwesen

- (1) Jede Tätigkeit im Verband ist ehrenamtlich. Für die Erstattung von Reisekosten und sonstigen Auslagen werden vom Bundesvorstand Richtlinien erlassen.
- (2) Für die Kassenführung, Kassenprüfung, Beitragserhebung und Beitragsabführung sowie für die Abrechnung von Geschäftskosten erlässt der Bundesvorstand die erforderlichen Anweisungen.

§ 30

Auflösung des Verbandes

Die Auflösung des Verbandes kann nur von einem ausschließlich zu diesem Zweck einberufenen Bundesvertretertag beschlossen werden (§§ 9 [4] und 10 g). Er entscheidet über die Verwendung des bei der Auflösung vorhandenen Verbandsvermögens und ernennt einen oder mehrere Liquidatoren. Das Vermögen darf nur einem Zweck zugeführt werden, der dem in § 2 genannten Verbandszweck entspricht.

§ 31

Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Bonn.

§ 32

Inkrafttreten

Diese Neufassung der Satzung vom 21. Oktober 1960, 30. November 1962, 4. Juni 1965 und 23. Mai 1969 ist auf dem Bundesvertretertag zu Koblenz am 29. April 1977 beschlossen und von den Bundesvertretertagen zu Koblenz am 22. Mai 1981, 18. Oktober 1985, 20. Oktober 1989, 22. Oktober 1993, 10. Oktober 1997 und 31. Oktober 2001 geändert worden; sie tritt mit diesem Tage in Kraft.